„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"Western Printers' Association, Limited"
J. M. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391.
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochsausgabe: 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr $2.50; sechs Monate $1.25; drei Monate 75c; ein Monat 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr $3.50; sechs Monate $2.00; drei Monate $1.00; ein Monat 50c.
Reklamen: Preis 75c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleinere Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

An Meighens Adresse

In der konservativen Massenversammlung, welche am Dienstag, den 24. August, im Stadium zu Regina stattfand, kam Premier Arthur Meighen auch auf den berüchtigten „War Time Election Act" vom 1917 zu sprechen und versuchte sogar jene gehässige Maßnahme mit einem Schein des Rechtes zu umgeben. Mit unglaublicher Kühnheit — um uns gelinde auszudrücken — stellte er es so hin, als hätten die Deutschen und Oesterreicher durch Petitionen an die Regierung darum ersucht, als hätten sie freiwillig auf das Wahlrecht verzichtet, um nur der Aushebung zum Militärdienst befreit zu werden. Man sollte es kaum für möglich halten, daß der Führer der konservativen Partei einer solchen faulen Ausrede fähig sein könnte, die den Widerspruch aller rechtlich denkenden Menschen geradezu herausfordern muß. Hätte Meighen den „War Time Election Act" überhaupt nicht berührt, so wäre es für ihn, für sein Ansehen und für das seiner Partei auf jeden Fall besser gewesen. So aber hat er nicht nur eine alte Wunde aufgerissen, die in den deutschen Kreisen Canadas noch bei weitem nicht vernarbt ist und auch niemals vernarben darf, solange noch ein deutsches Wort in diesem Lande gesprochen wird, sondern er hat zugleich sich selbst und seiner Partei ein geistiges Armutszeugnis ausgestellt, wie man es sich kaum schlimmer vorstellen kann.

Ist es nicht eine grobe Verdrehung der Tatsachen, wenn Herr Meighen den Eindruck erwecken möchte, als hätten die Deutschen und Oesterreicher unter der „glorreichen" konservativen Kriegsregierung überhaupt irgendwelchen Einfluß auf die Gestaltung der politischen Verhältnisse in der Dominion gehabt, als hätten sie in Canada „diktieren" können, wie sich der Torypremier so geschmackvoll ausdrückte? Was soll man von einer Partei halten, deren Führer in öffentlicher Massenversammlung eine ungeheuerliche Behauptung in die Welt setzt, für die er den Beweis schuldig bleibt? Wir fragen: Wer waren die Deutschen und Oesterreicher, welche im Jahre 1917 dahingehend petitioniert haben, daß man sie nicht ausheben möge, wofür man ihnen dann auch das Wahlrecht für die Dauer des Krieges nehmen könne? Von einer allgemeinen Zwangskonskription war damals überhaupt noch keine Rede. Wir fragen: Gab es damals überhaupt eine deutsche Organisation, die noch als Vertretung des Deutschtums anerkannt worden wäre, gab es noch einzelne Persönlichkeiten, die als autorisierte Wortführer des Deutschtums hätten gelten können? Die eiserne Faust der konservativen Regierung hatte ja bereits alle selbständigen Regungen der Deutschen und Oesterreicher unterdrückt und sie mundtot gemacht. Wir fragen: Wie kann ein Mann, der sich als echten Briten vom Scheitel bis zur Sohle betrachtet, dem folglich auch die Grundsätze der britischen Demokratie und des britischen Parlamentarismus heilig sein sollten, es überhaupt noch wagen, ein solches Schandgesetz wie den „War Time Election Act", der jedem demokratischen Empfinden von bürgerlicher Gleichberechtigung ins Gesicht schlägt, zu rechtfertigen und zu verteidigen? Selbst wenn — was wir aber nicht glauben —, sich der eine oder andere „Deutsche" für eine so schmähliche Entrechtung seiner Volksgenossen ausgesprochen haben sollte, hätte eine verantwortungsbewußte Regierung niemals zu einer solchen Maßnahme greifen dürfen. Das Wahlrecht ist das erste und heiligste Recht eines jeden Bürgers, das ihm nie geraubt und das ihm nie beschnitten werden darf, es sei denn, daß er sich durch ein ganz schweres Verbrechen gegen den Staat versündigt hätte. War es aber ein Verbrechen, wenn Deutsche und Oesterreicher sich weigerten, gegen ihr eigenes Fleisch und Blut zu kämpfen, ohne daß Canada selbst bedroht und angegriffen war? Nur imperialistische Fanatiker können auf einen derartigen Gedanken kommen.

Es bleibt dabei: Der „War Time Election Act" ist und bleibt ein Schandmal für alle Zeiten. Keine zivilisierte Nation hat bisher zu einer solchen gehässigen Maßnahme gegriffen — nur den canadischen Konservativen blieb dieser „Ruhm" vorbehalten. Nach dem, was George Wright in Lennox, Ont., über die Entrechtung der Fremdgeborenen gesagt hat, muß man allerdings damit rechnen, daß uns auch in Zukunft ähnliche schändliche Vergewaltigungen bevorstehen, wenn eine konservative Regierung unter Premier Meighen am 14. September den Sieg davonträgt. Es bleibt dabei: Der „War Time Election Act" ist ein grober Undank gegenüber allen jenen Bürgern deutscher und österreichischer Abstammung, welche sich um den Aufbau des Landes und namentlich des canadischen Westens große Verdienste erworben haben. Auf Dank können und dürfen wir auch heute noch nicht rechnen, wie die konservativen Aeußerungen der letzten Zeit unwiderleglich bewiesen haben. Fußtritte über Fußtritte werden uns Deutschen von Toryseite versetzt. Es fragt sich nur, wie lange wir uns das noch gefallen lassen sollen. Oder wäre es nicht an der Zeit, einmal geschlossen aufzustehen und den Herren vom Schlage eines Arthur Meighen, eines George Wright, eines Bell usw. zu zeigen, daß wir es satt sind, als die Lückenbüßer, als die Aschenbrödel, als die geduldeten „Foreigners" angesehen und behandelt zu werden? Der 14. September muß der Tag der Abrechnung sein.

Weltumschau

Deutschland.

Der deutschen Nation wurde von Reichskanzler Dr. Marx in einer Ansprache auf dem Katholikentag in Breslau eine scharfe Rüge erteilt. Der Reichskanzler sagte, daß in Deutschland wenig vom wahren Geist demokratischer Zusammenarbeit zu spüren sei, daß Teile der Nation zu viel unter dem Bann des Individualismus stehen, der den Geist der Harmonie, dessen Förderung die oberste Aufgabe aller sein sollte, erdrossele und töte. Er fuhr dann fort: „Die bestehende Staatsautorität zu verhöhnen, zu kritisieren und zu schmähen und gleichzeitig sich zu weigern, beim Wiederaufbau des Staates mitzuhelfen, ist in keiner Weise der Wohlfahrt des Staates zuträglich und zudem äußerst unpatriotisch. Die Pflicht aller patriotischen Bürger ist, nach ihrem besten Können auf einen Wiederaufbau des wirtschaftlichen und nationalen Lebens hinzuarbeiten. Es ist nicht patriotisch, die Gefühle jener zu verletzen, die über Fragen der Organisation des Staates abweichender Ansicht sind, während man sich weigert, behilflich zu sein, jene Meinungsverschiedenheiten auszumerzen und alle Energie für die Wohlfahrt der Nation einzusetzen. Es ist auch unpatriotisch für einzelne Bürger, an den Staat Forderungen zu stellen, die in normalen und gedeihlichen Zeiten erfüllt werden könnten, aber nicht in den jetzigen Tagen schwerer Steuerlast. Der Staat hat ebenso wie jeder Bürger das Recht auf Selbstschutz. Alle deutschen Bürger sollten froh und dankbar sein, daß es ihnen gelungen ist, das Deutsche Reich aus der ernsten Katastrophe des Weltkrieges und der Revolution zu erretten."

Wie die diplomatische politische Korrespondenz sagt, werden alle diplomatischen Bemühungen aufgewandt, damit Deutschland bei seinem geplanten Eintritt in den Völkerbund nicht wieder Ueberraschungen erlebt. Die Zeitung glaubt, daß Lord Cecils Vorschlag auf Vermehrung der nicht ständigen Mitglieder des Ligarates von sechs auf neun schließlich durchdringt. Denn es gebe keine andere Lösung. Deutschland will ähnliche Schwierigkeiten wie im Vorjahre vermeiden, wo sein Eintritt in die Liga durch Forderungen von Brasilien, Spanien und Polen auf ständige Sitze verschleppt wurde.

Abermals ist Deutschland, besonders die Mark Brandenburg, von einem überaus heftigen Unwetter heimgesucht worden, und abermals war es gerade ein Sonntag, an dem der Sturm mit katastrophaler Wirkung über die Reichshauptstadt und ihre Umgebung hereinbrach und Tausenden Ausflüglern die Sonntagsfreude verdarb. Von allen Ausflugsorten in der Umgebung laufen Hiobsposten ein. Auf den Havelseen kenterten zahlreiche Ruderboote, wobei zwei Berliner Bankbeamte ums Leben kamen, während viele andere nur mit großer Mühe den aufgepeitschten Wellen entrissen werden konnten. In den Spreewäldern, den Parkanlagen, den Hainen wurden viele Bäume von der Gewalt des Sturmes entwurzelt; mancherorts entstand dadurch beträchtliche Stockung im Fernverkehr der Straßenbahnen, und die Automobilisten sahen sich da und dort genötigt, einen weiten Umweg zu machen, um nach Hause gelangen zu können. Es ist selbstverständlich, daß auch die üblen Begleiterscheinungen, an die man sich in diesem an Gewittern und Regen so reichen Sommer nachgerade gewöhnt hat, wie Kellerüberflutungen, Unterwaschung von Gebäuden, Ueberschwemmung auf den Straßen usw. nicht ausblieben.

Deutschösterreich.

Italien trägt sich mit der Absicht der Abhaltung von Manövern großen Stils im südlichen Tirol. Schon die Auswahl des Manövergeländes wie auch die Verwendung großer Truppenmassen, in erster Linie schwerer Gebirgsartillerie, haben in Wien sowohl wie auch in Bern eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen. Da und dort wird in diesen geplanten Truppenübungen sogar eine direkte Bedrohung Oesterreichs wie auch der Schweiz erblickt. Nach den vorliegenden Plänen ist beabsichtigt, schwere Artillerie auf die strategischen Gebirgspässe des südlichen Tirols zu bringen. Als Punkte dieser Artilleriekämpfe sind vorgemerkt das Stilfser Joch, sodann Santa Maria sowie die ganze Bruneck-Gegend im Pustertal. Besonders die Manöver im Abschnitt des Stilfser Jochs werden als eine Bedrohung der Schweiz aufgefaßt. Wie verlautet, sollen drei italienische Armeekorps bei diesen Manövern in Aktion treten. Natürlich wird auch Premier Mussolini den Manövern beiwohnen.

Ungarn.

Unter Ungarns wertvollsten „nassen" Beständen fand der frühere Generalkommissar Jeremiah Smith 10,000,000 Flaschen der feinsten Weine, welche die Regierung zu einem Viertel der früheren Preise zu verkaufen gewillt war. Hierzu gehören eine Million Flaschen des berühmten Tokayer, der nur in Ungarn hervorgebracht wird. Der Wein konnte um einen Dollar die Flasche gekauft werden. Früher tranken die Ungarn reichlich von dem vorzüglichen Wein von den Abhängen der Tokayer Berge. Aber der Krieg machte der Fröhlichkeit ein Ende. Der durchschnittliche Einwohner begnügt sich jetzt mit Bier oder sogar mit Wasser.

Belgien.

Die belgische Regierung hofft, den Franc auf einen Stand von etwa 160 zum englischen Pfund stabilisieren zu können, und hat zu dem Zwecke bereits Unterhandlungen mit englischen Bankiers begonnen. Wie bekannt wurde, soll Belgien um Kredite in Höhe von 10 bis 12 Millionen Pfund nachsuchen. Aehnliche Unterhandlungen in den Vereinigten Staaten sollen wegen ungünstiger Lage des New Yorker Geldmarktes fallen gelassen worden sein. Wie erklärt wird, soll die belgische Regierung planen, der belgischen Nationalbank $3\frac{1}{2}$ Milliarden Francs zurückzuzahlen. Dadurch würde eine bedeutende Verminderung der Umlaufsmittel der Bank sowie eine gewisse Goldgarantie für ausstehende Banknoten geschaffen werden. Obwohl Belgien erheblich von dem französischen Stabilisierungsprogramm abhängig ist, glaubt man doch, daß die belgische Regierung selbständig handeln wird, falls sich die französische Stabilisierung verzögern sollte.

Frankreich.

Eine Denkschrift von Spanien an die französische Regierung drückt den Wunsch aus, daß der internationale Distrikt von Tanger der spanischen Zone in Marokko angegliedert wird. Das französische Kabinett erwägt die Frage, politische Kreise sind indessen überzeugt, daß Frankreichs Antwort eine entschiedene Weigerung sein wird. Das spanische Schriftstück sagt, Spanien werde den Völkerbund um ein Mandat über den Distrikt zugleich mit der ganzen spanischen Zone in Marokko ersuchen, falls die Uebertragung der Autorität in Tanger von internationaler auf spanische Verwaltung sich als nicht durchführbar erweisen sollte. Spanien hält eine solche Kontrolle von Tanger für nötig, um den Waffenschmuggel zu verhindern, welcher die Verlängerung des Rifkrieges zum großen Teil verschuldet hat. Das Schriftstück kam Donnerstag Abend ins französische Amt. Kurz vorher wurde es den Ver. Staaten und anderen Unterzeichnern des Vertrages von Algeciras, der Tanger internationalisiert, überreicht, außer Deutschland, Oesterreich und Rußland. Amtliche Kreise erklären es für unmöglich, die Verwaltung von Tanger allein Spanien entweder direkt durch die interessierten Mächte oder durch ein Mandat des Völkerbundes zu übertragen. Der Sultan von Marokko ist ein unabhängiger Herrscher und nur er kann Verwaltungsbefugnisse über sein Gebiet abtreten. Frankreich wurde vom Sultan ein Protektorat über ganz Marokko gewährt.

Die offizielle Zeitung der Regierung „Journal" veröffentlicht eine Verordnung, welche den Finanzminister bevollmächtigt, für die französische Staatsbahn eine Anleihe von 60,000,000 Schweizer Franken bei der Schweizer Kreditbank in Zürich zu erheben. Die Anleihe wird in Tausend-Frank-Bonds gemacht werden und vom 1. April bis zum 1. Oktober 1951 laufen. Das Kapital wird mit 7 Prozent verzinst. In einem Leitartikel des „Echo de Paris" wird zu dieser Anleihe bemerkt, daß ein gutes Ergebnis dieser Anleihe das sein werde, daß man dem New Yorker Markte und „jenen, die eine Sperre gegen alle öffentlichen und privaten französischen Betriebe erlassen", zeige, daß es noch Kapitalien gebe, die nicht unter ihrem Einfluß stehen, und die bereit seien, Frankreich zu Hilfe zu kommen.

Schweiz.

Die Schweizer Gerichtsbehörden haben entschieden, daß die Angelegenheit des ungarischen Publizisten Iwan Justh, der den ungarischen Ministerpräsidenten Graf Bethlen seinerzeit tätlich insultierte, vor einem Geschworenengericht zur Aburteilung kommen müsse.

Um in den Verhandlungen des Völkerbundes während der Septembertagung keine Störung eintreten zu lassen, hat die Schweizer Regierung entschieden, die Verhandlung erst nach Beendigung der Septembersession, also im Monat Oktober, durchzuführen. Bis dahin wird Iwan Justh auf freiem Fuße belassen.

Die Schweizer Regierung ist nicht geneigt, dem ungarischen Auslieferungsbegehren auf Grund eines angeblich von Justh vor Jahren begangenen Valutaschwindels Folge zu leisten, da für einen solchen Fall weder im Schweizer Strafgesetzbuch, noch im ungarisch-schweizerischen Auslieferungsabkommen eine Auslieferung vorgesehen ist.

Die Schweizer Justizbehörden lehnen auch den ungarischen Standpunkt ab, wonach das Attentat auf exterritorialem Gebiet, nämlich im Gebäude des Völkerbundes, begangen wurde und der Attentäter, der noch immer ungarischer Staatsbürger ist, daher vor ein ungarisches Gericht zu stellen sei.

Die Schweizer Juristen sind sogar zu einer noch weitergehenden aufsehenerregenden Folgerung gelangt. Sie erklären, die bisher allgemein geltende Ansicht, daß das Gebäude einer Gesandtschaft oder eines Konsulats als integrierender Bestandteil des betreffenden Staates angesehen werden müsse, sei veraltet. Dieser überraschende Standpunkt wird zweifellos noch Gegenstand einer allgemeinen Diskussion werden, da es sich hier sowohl rechtlich als auch diplomatisch um eine äußerst wichtige Frage handelt.

Rußland.

Halboffiziell wird angekündigt, daß Uruguay die Sowjet-Regierung als rechtmäßig anerkannt hat und daß diplomatische Beziehungen zwischen den beiden Ländern nun aufgenommen werden.

Bezugnehmend auf die soeben erfolgte Anerkennung der Sowjetregierung durch Uruguay erklärte der Sowjet-Handelsagent, Boris Kraewsky, Montevideo, er glaube, daß andere südamerikanische Nationen dem Beispiel Uruguays folgen werden. Ferner sagte er, seine Aufgabe bestehe darin, Handelsbeziehungen zwischen Sowjetrußland und südamerikanischen Republiken anzuknüpfen. Zu diesem Zwecke habe er in Buenos Aires eine Zentralstelle eröffnet. Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Uruguay und Rußland hatten den Zweck eines Ausbaues des Handelsverkehrs beider Länder. Wie Kraewsky weiter erklärte, sind in den letzten acht Monaten Ankäufe gemacht worden, die einen Wert von mehr als 7 Millionen Dollars darstellen. Als eine Folge des Entschlusses Uruguays würden demnächst beide Länder Bevollmächtigte austauschen.

Seit den letzten Tagen vor dem Kriege wären nicht so viele Touristen in Rußland wie gegenwärtig. Die Hotels in Moskau und Leningrad wurden genötigt, für Reisende in Privathäusern Unterkunft zu beschaffen. Etwa 400 südamerikanische Touristen, meist Argentinier, sind hier angelangt. Die Zahl aus Nord- und Südamerika kommt damit auf ungefähr 500. In den letzten Monaten ließ die Regierung die Schranken gegen die Zulassung von Ausländern, ganz besonders von Amerikanern, fallen. In der Annahme, daß die amerikanische Anerkennung früher oder später kommt, wenn vielen Amerikanern erlaubt wird, Rußland zu sehen, wie es wirklich ist, hat die Regierung die strengen Paßbeschränkungen gemildert. Alle Grenz- und Zollbehörden sind angewiesen, gegenüber Amerikanern so zuvorkommend und nachsichtig als möglich zu sein.

Italien.

Amundsens Luftschiff „Norge", mit dem er den Nordpol überflog, wurde an die italienische Regierung um eine Million Lire verkauft. Von der Kaufsumme geben die Ausgaben der italienischen Regierung für Gas und Transport ab.

Großbritannien.

In britischen Regierungskreisen macht sich eine nicht zu verkennende Besorgnis vor den kommenden Völkerbundereignissen bemerkbar. Der Bund tritt zu Anfang September in Genf zusammen. Bei der Hartnäckigkeit, mit welcher Spanien auf seiner Wahl zur permanenten Ratsmacht besteht, ist eine Krise unvermeidlich. Den von England Spanien versprochenen halbpermanenten Sitz weist die Madrider Regierung zurück. Deutschland macht seine Aufnahme in den Bund und Rat ausschließlich von seiner Erwählung zur Ratsmacht abhängig. Spanien hätte die Gelegenheit, die Aufnahme Deutschlands in den Rat mit seinem Veto zu belegen, dürfte aber kaum so weit gehen. Hingegen befürchtet man, daß Spanien dem Beispiel Brasiliens folgen könnte und dem Bund den Rücken kehrt. Brasiliens Austritt ließe sich verschmerzen, doch der Verlust Spaniens, wenn es auch nicht zu den europäischen Großmächten zu zählen ist, wäre nur schwer zu verwinden. Namentlich würde darunter das Ansehen des Bundes nach außen und innen hin leiden. Nichtsdestoweniger ist man in England aber entschlossen, den Forderungen Spaniens taube Ohren entgegenzubringen. Aehnlich stellen sich Frankreich und die skandinavischen Länder. Ein Ausweg wäre eventuell der, daß man Spanien die Kontrolle über Tanger einräumt, wofür es seine Ratsansprüche zurückziehen würde.

Irland.

Im irischen Freistaate leben mehr männliche als weibliche Personen. Das Verhältnis ist nun ein umgekehrtes von dem, das bei der Volkszählung vom Jahre 1911 bestand. Auf je 1000 Männer kommen nur 973 Frauen. Im nördlichen Irland gibt es 1066 Frauen für je 1000 Männer. Die Einwohnerzahl von ganz Irland hat in 15 Jahren um 161,000 abgenommen.

Griechenland.

Griechenland hat einen neuen Diktator. Pangalos wurde durch einen blutlosen Staatsstreich gestürzt und General Condylis, einstmals ein Korporal im griechischen Heer, übernahm die Herrschaft. Ebenso schnell wie seinerzeit Pangalos warf sich der neue Diktator zum Haupt der Regierung auf. Er ließ Pangalos auf der Insel Spetiae verhaften, wo er sich zur Erholung aufhielt. Er wurde zur Beförderung nach Athen auf den Zerstörer „Pergamos" gebracht. Zu gleicher Zeit kamen alle Minister in Haft. Pangalos suchte auf dem „Pergamos" zu entkommen, das Schlachtschiff „Leon" holte jedoch nach einer Jagd den Zerstörer ein. Der gestürzte Machthaber wurde an Bord genommen und nach Keratsini überführt. Wie dieser Bericht sagt, feuerten während der Verfolgung der „Leon" und ein anderes Kriegsschiff auf den „Pergamos", während ihn Wasserflugzeuge bombardierten. Condylis, der früher Kriegsminister war, kündigt an, daß Admiral Coundouriotis der rechtmäßige Präsident von Griechenland ist. Er wurde eingeladen, die Präsidentschaft wieder zu übernehmen. Condylis beabsichtigt die Errichtung einer Regierung des nationalen Vertrauens" und verspricht innerhalb von acht Monaten eine freie Wahl. Alle politischen Leiter und Offiziere, die unter Pangalos in Haft kamen, sind freigelassen. Nach Ankündigung des neuen Diktators werden Pangalos und alle jene, welche für die tyrannischen Maßnahmen seiner Herrschaft verantwortlich sind, durch eine Kommission prozessiert. Alle militärischen Einrichtungen, Telegraphenamt und Regierungsämter wurden mit einer Ruhe und Schnelligkeit übernommen, die zeigen, wie gut Condylis seine Pläne vorbereitet hatte.

Türkei.

Den ausländischen Handelskammern in der Türkei, die kürzlich auf Anordnung der Regierung in Angora schließen mußten, wurde erlaubt, ihre Kanzleien wieder zu eröffnen, bis über den Beschluß der Regierung durch diplomatische Unterhandlungen ein endgültiger Entscheid abgegeben wird. Berichten aus offiziellen türkischen Quellen zufolge werden die Handelskammern ihre Tätigkeit fortsetzen dürfen, wenn sie ihren Namen in Uebereinstimmung mit dem gegenwärtigen türkischen Gesetze abändern. Die Anordnung über die Schließung der ausländischen Handelskammern hat in Geschäftskreisen der Türkei lebhafte Diskussionen verursacht. Die Handlung der Regierung kam den ausländischen Geschäftsleuten vollständig unerwartet.

Die Todesstrafe wurde vom Staatsanwalt am Schlusse des in Angora abgehaltenen Prozesses gegen vier Führer von Unionisten beantragt, die angeklagt sind, sich zum Sturze der Regierung von Mustafa Kemal Pascha verschworen zu haben. Es sind: Dschavid Bey, der frühere Finanzminister, der als der tüchtigste Finanzmann in der Türkei gilt; Hilmi, ein früherer Deputierter von Armenien; Nail Bey und Dr. Nasim Bey. Verbannung auf Lebenszeit nach einem befestigten Gebiete wurde als Strafe für sieben andere der Angeklagten gefordert, unter denen sich Roeuf Bey, der frühere Premier, und Rahmi Bey, der frühere Gouverneur von Smyrna, befinden; beide befinden sich gegenwärtig außerhalb des Landes. Adnan Bey, der Gatte von Hallilaf Edig Hanum, einer der weiblichen Führer in der Türkei, wurde freigesprochen.

Mexiko.

In dem Streit zwischen der katholischen Kirche und der mexikanischen Regierung trat eine neue Stockung ein. Manche Kreise hoffen jedoch noch immer, daß nicht alle Türen für eine Regelung verschlossen sind. Diese Hoffnung stützt sich auf eine Erklärung des katholischen Episkopats. Sie erwähnt die Freundlichkeit und Offenheit in der Konferenz zwischen Präsident Calles und zwei Prälaten und sagt, die Unterredung lasse hoffen, daß künftige ernste Schwierigkeiten durch eine Verständigung zwischen der Regierung und den Prälaten mit großem Nutzen an die Nation verwiesen werden können. In der Erklärung wiederholt der Episkopat die Forderung auf Abschaffung der religiösen Gesetze, die als unvereinbar mit der Religionsfreiheit betrachtet werden. Zugleich sagt die Erklärung, daß die Gottesdienste derzeit noch nicht erneuert werden. Zu der Erklärung trug noch Bischof Diaz viel eine Calles zugeschriebene Aeußerung bei, daß Priester, die in ihre Kirchen zurückkehren, sich dem Gesetze zu unterwerfen haben.

Marokko.

Abd El Krim, der gefangene Riffführer, wird am 1. September Gelegenheit haben, einen kurzen Einblick in das Leben der südfranzösischen Küste zu gewinnen, wenn er auf dem Wege in die Verbannung nach Marseille kommen wird. Die französische Regierung hat sich nun endgültig für die abgelegene Insel Reunion entschieden. Am 3. September soll die Reise nach der Insel von Marseille aus angetreten werden. Krim wird nur von seiner Familie begleitet und steht unter Aufsicht eines Offiziers, der für seine Ablieferung in die Verbannung verantwortlich ist. Abd El Krim hat, seit er Anfang Juni in Fez ankam, sehr schlicht gelebt. Die Muße, der er hier obliegen muß, hat allerdings bewirkt, daß der ehemalige Riffführer stark an Gewicht zugenommen hat. Er unterscheidet sich heute erheblich von jenem Abd El Krim, der Frankreich und Spanien einst erbittert zum Kampf herausforderte. Tag für Tag ergeht sich der Gefangene in dem Rosen- und Geranien-Garten, der sich an seine Wohnung anschließt. Ueberall stehen Wachen, schwarze Soldaten des 5. Kolonialregiments, die den Riffhelden von einst ständig daran erinnern, daß er Gefangener ist. Krim ist ohne Zweifel, wie alle Riffleute, Fatalist. Das Einzige, was er über sein hartes Schicksal zu sagen hat, ist: „Es stand geschrieben." Es verlautet, Krim sei mit der Niederschrift seiner Erinnerungen beschäftigt. Jeden Abend diktiert er ein bis zwei Stunden lang seinem treuen Diener Boujur Bolena. Abd El Krims Bruder, Mohamed, der weit mehr als sein Bruder als eine Kämpfernatur gilt, sieht der Gefangenschaft nicht mit dem gleichen Fatalismus gegenüber, wie Krim. Er beklagt sich bitter über den Verrat der Franzosen. Nie würde er sich ergeben haben, hätte er gewußt, daß man ihn auf eine einsame Insel im indischen Ozean verbannen würde. Er hatte, ebenso wie sein Bruder, erwartet, daß ihm gestattet werde, seine Tage an der Riviera zu beschließen.

Kaufe einen "ACME" Garbenlader
und spare Zeit und Geld an Ernteauslagen
Wir kaufen und verkaufen neue und gebrauchte "Acme"-Garbenlader sowie auch Reparaturteile für dieselben.
Binderschnur
Rotary Rod Unkrautvertilger
Preise sind immer mässig.
HARLE BROS.
Hardware and Implements
1725 Halifax St. Regina, Sask.

Schülerromantik.

.. Skizze von Siegfried v. Vegesack.

Die Knaben von heute sind vernünftig. Sie spielen Fußball oder sie sammeln Postmarken. Beides nützliche Dinge. Ich tat nichts dergleichen. Dafür las ich den „Guten Kameraden", und in der entsprechenden Backfischzeitschrift von meiner Schwester, „Das Kränzchen", fand ich Adressen junger Mädchen, die mit andern „Kränzchenschwestern" korrespondieren wollten.

Dort suchte ich mir einen möglichst geheimnisvollen fremdländischen Mädchennamen in einer möglichst abenteuerlichen Stadt aus — ich entschied mich für eine junge Ungarin aus Budapest — und schrieb ihr, natürlich als „Kränzchenschwester", einen langen Brief.

Ich war damals vierzehn Jahre alt, meine Ungarin dreizehn. Wir wechselten zärtliche Freundinnenbriefe — ihre waren sogar etwas parfümiert —, es war eine schöne Zeit. Das Schönste dabei war, daß die Briefe immer heimlich vom Briefträger abgefangen werden mußten, damit niemand die verräterische Adresse: an „Fräulein . . ." zu lesen bekam.

Aber da trat das Verhängnis ein. Wir zogen für die Sommerferien aufs Land, ich kam erst später nach, weil ich noch bei Verwandten zum Besuch war. Und wie ich nun auf Umwegen zu Hause anlangte, tritt meine Mutter — nie werde ich den Augenblick vergessen — fassungslos mit einem Brief entgegen: ob er für mich sei, was das „Fräulein" auf der Adresse, die fremde Postmarke und der Budapester Poststempel bedeute?

Da half mir nichts, ich mußte gestehen und den Brief öffnen. Und zum Unglück enthielt gerade dieser Brief eine Photographie, auf der hinten geschrieben stand: „Tausend Küsse von Deiner Anny!"

Nun mußte ich, wie schmerzlich es auch war, im nächsten Brief meine Schandtat gestehen und mich als „Kränzchenbruder" demaskieren — von meiner schönen und wohl sehr entrüsteten Ungarin wurde ich darauf keiner Antwort gewürdigt. Die zärtlichen parfümierten Briefe hob ich sorgfältig auf, schnupperte zuweilen daran — aber das ungarische Abenteuer war damit zu Ende.

Bis ich jetzt, nach vielen Jahren, wieder nach Riga kam und dort einen Vortrag hielt. Am nächsten Tag bekam ich einen sehr netten Brief von einer fremden Dame, die mich an diesen Knabenstreich erinnerte — sie sei jene Ungarin aus Budapest, durch ein merkwürdiges Geschick nach Riga gelangt, hätte meinen Vortrag besucht, mein Verbrechen sei verjährt — und so möchte ich sie und ihren Gatten besuchen....

Da träumt man als Knabe von Abenteuern, wechselt mit einem wildfremden Mädchen in einem wildfremden Lande zärtliche Briefe, wird von der Düna zur Donau und umgekehrt von der Donau zur Düna verschlagen — und da eines Tages trifft man sich doch!

Ich weiß, das alles ist Schülerromantik von früher und paßt nicht mehr in unsere ernsthafte Zeit.

Denn ihr Knaben von heute seid natürlich viel vernünftiger und werdet nie solche verrückten Briefe schreiben, wie ich es tat. Dafür sammelt ihr eben Postmarken oder spielt Fußball. Sicher ein edler Sport. Von dem ich leider — ich muß es errötend gestehen — nichts begreife.

— Das sicherste Glück: das Glück der andern.

LABELS THAT ARE NON-COMMITTAL AS TO IMPORTANT FACTS DO NOT STATE WHAT YOU WISH TO KNOW. READ THE LABELS AND THE GOVERNMENT STAMP ON
"CANADIAN CLUB" WHISKY
THEY STATE IMPORTANT FACTS